

## PROTOKOLL

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Donnerstag,  
den 13.06.2019, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** AFuW/012/2019  
**Öffentliche Sitzung:** 18:00 Uhr bis 19:49 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Harald Kruse

#### **stellv. Vorsitzender**

Wilhelm Hunting

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Dieter Niermann  
Christian Terbeck  
Christina Tiemann

Vertretung für Herrn Jan Lütkemeyer  
Vertretung für Herrn Mirco Bredenförder

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Uwe Plaß  
Luc Van de Walle

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Alfred Reehuis  
Reinhardt Wüstehube

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Spiekermann

#### **Mitglied FDP-Fraktion**

Heinrich Thöle

#### **von der Verwaltung**

Stadtrat Dirk Hensiek  
StVOR Uwe Strakeljahn  
StAR Roland Bieber

#### **ProtokollführerIn**

Stl Marius Brockmeyer

#### **Zuhörer**

Zuhörer

Herr Kruckemeyer, Herr Lepper

### **Abwesend:**

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Mirco Bredenförder  
Jan Lütkemeyer

## **Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 9. Sitzung vom 19.03.2019
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 02.04.2019
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung
- TOP 8 Jahresabschluss 2018  
Vorlage: 2019/0157
- TOP 9 Projektcontrollingbericht 1. Quartal 2019 der Stadt Melle - Gesamtbericht  
Vorlage: 2019/0164
- TOP 10 Projektcontrolling für die Projekte „P10017-001 Strategische Steuerung“, „P20018-014 Umsetzung Neuregelungen Umsatzsteuer“ sowie „P20019-018 Gewerbeflächen“ für das 1. Quartal 2019.  
Vorlage: 2019/0165
- TOP 11 Zielsystem für das Haushaltsjahr 2020  
Vorlage: 2019/0154
- TOP 12 Nachtragshaushalt 2019 / 2020 - Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2023  
Vorlage: 2019/0156
- TOP 13 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse eröffnet. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die beiden Zuhörer Herrn Kruckemeyer und Herrn Lepper.

Herr Kruse stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Herr Kruse weist auf die Änderung der Tagesordnung hin, die bereits im Vorfeld mitgeteilt wurde. Es sei erforderlich gewesen, den Tagesordnungspunkt 6 „Vorstellung des Unternehmensnetzwerk Melle e.V.“ von der Tagesordnung zu nehmen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Die Vorstellung sei bereits im Januar über Herrn Stakowski an Herrn Kruse herangetragen und auf die heutige Sitzung des Ausschusses terminiert worden. Leider waren die Mitglieder des Unternehmensnetzwerkes kurzfristig anderweitig terminlich gebunden, sodass der Tagesordnungspunkt entfallen müsse.

Aufgrund einer Erkrankung des Wirtschaftsförderers Hartwig Grobe müsse weiterhin der Tagesordnungspunkt 8 „Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung“ entfallen.

Die Tagesordnung wird mit den beschriebenen Änderungen durch Herrn Kruse festgestellt.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 9. Sitzung vom 19.03.2019**

Das Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.03.2019 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 5 Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 02.04.2019**

Das Protokoll der 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 02.04.2019 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 6 Bericht der Verwaltung**

Herr Hensiek berichtet über eine Aufforderung des Nds. Städtetages sich an einer Resolution zur Reform der Grundsteuer zu beteiligen. Es solle darauf hingewirkt werden, dass der politische Druck zur Einigung auf ein neues Grundsteuergesetz erhöht werde.

Auch nach Rücksprache mit anderen Kommunen im Landkreis Osnabrück sei man für Melle zu dem Schluss gekommen, die Resolution nicht an den Rat weiterzuleiten bzw. durch diesen beschließen zu lassen. Insgesamt beinhalten die Ausführungen des Städtetages

wenig Neues und der Bund sei sich der Problematik, das Grundsteuergesetz bis Ende des Jahres zu erlassen auch ohne die Resolution bewusst. Weiterhin sei kürzlich die Information veröffentlicht worden, dass für den 21. Juni 2019 ein Kabinettsbeschluss gefasst werden solle, sodass im Anschluss in das Gesetzgebungsverfahren eingestiegen werden könne.

Sollte es dennoch nicht gelingen, bis Ende des Jahres 2019 das überarbeitete Grundsteuergesetz zu verabschieden, dürften durch die Städte und Gemeinden ab 2020 keine Grundsteuer mehr erhoben werden, erklärt Herr Hensiek. Im Zweifel könne jedoch auch das Land Niedersachsen noch mit einem eigenen Verfahren diese missliche Lage abwenden.

## **TOP 7      Jahresabschluss 2018** **Vorlage: 2019/0157**

Herr Strakeljahn berichtet anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation über die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2018 und weist darauf hin, dass bereits in der letzten Ausschusssitzung auf die ersten Indikationen hingewiesen wurde.

Das Jahresergebnis in Höhe von 13,136 Mio. € resultiere maßgeblich aus Steuermehrerträgen. Unter anderem hieraus ergebe sich ein außerordentlich guter Cash-Flow im Finanzhaushalt in Höhe von 18,870 Mio. €. Nach Abzug der Investitionstätigkeit trägt dieser dazu bei, dass zum Ende des Jahres 2018 ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 8,024 Mio. € erzielt werden konnte und keine Kreditaufnahme notwendig wurde. Nach Abzug der ordentlichen Tilgung in Höhe von 2,99 Mio. € ergebe sich vielmehr sogar noch ein positives Saldo an liquiden Mitteln in Höhe von 5,488 Mio. €.

Durch das um rund 8 Mio. € besser als geplante Jahresergebnis wachse die Rücklage auf einen Bestand von 48,447 Mio. € an. Hier sei jedoch zu betonen, dass es sich um eine reine Buchgröße handle, merkt Herr Strakeljahn an. Wie bereits in der Ausschusssitzung vom 02.04.2019 berichtet, sind vor Wirksamkeit des Haushaltes 2019 aus der Kreditermächtigung 2017 (9,015 Mio. €) lediglich 6,914 Mio. € in Anspruch genommen worden. Es komme so zu einer Verringerung des Planschuldenstandes 2018 von 43,15 Mio. € auf 41,05 Mio. €.

Die Haushaltsreste seien in den letzten Jahren stets zu hoch gewesen. In den Jahren 2016 und 2017 hätte jedoch noch eine Reduzierung jeweils zu den Vorjahren erreicht werden können. Mit dem Jahresabschluss 2018 habe sich jetzt jedoch ein neuer Höchststand von 17,375 Mio. € ergeben, erläutert Herr Strakeljahn.

Frau Tiemann zeigt sich erfreut über den hohen Rücklagenbestand. Diese Entwicklung sei vor Jahren in dieser Form nicht absehbar gewesen. Gegenteilig sei jedoch die Höhe der Haushaltsreste zu beurteilen. Hier werde deutlich, dass in der Vergangenheit viele Maßnahmen geplant, jedoch noch nicht umgesetzt wurden. Daher sollte in Zukunft eine Zurückhaltung bei der Neuaufnahme von Investitionen geboten sein, um zunächst die aktuellen Planungen abzarbeiten. Dies hätte auch den Vorteil, dass man sich weniger rechtfertigen müsse, wenn die Planungen nicht zeitgerecht umgesetzt werden. Mit einer vermehrten Verwendung von Verpflichtungsermächtigungen könne der Situation ebenfalls entgegengewirkt werden.

Die Aufstellung der einzelnen Haushaltsreste beinhalte u.a. mehrere kleinere Positionen, wie z.B. das Feuerwehrfahrzeug Oldendorf. Hier sollte geprüft werden, ob es haushaltsrechtlich notwendig ist, bei so geringen Umfängen einen Haushaltsrest zu bilden. Frau Tiemann interessiert, warum für das Hallenbad immer noch ein Budget über einen Haushaltsrest zur Verfügung stehen müsse. Herr Strakeljahn erklärt, dass ein laufendes Verfahren hier noch

nicht abgeschlossen sei und hieraus noch Zahlungsverpflichtungen resultieren könnten. Man habe bei der Erstellung des Jahresabschlusses auch die Bildung einer Rückstellung geprüft, dies sei jedoch rechtlich nicht möglich gewesen.

Herr Hensiek begrüßt die Ausführungen von Frau Tiemann und weist darauf hin, dass auch innerhalb der Verwaltung bereits auf den Grundsatz der Haushaltswahrheit hingewiesen wurde. Wenn man sich die Höhe der Haushaltsreste anschau, müsse man die Frage stellen, ob die Planung noch seriös war. Daher sollte es bei zukünftigen Haushaltsplanungen noch mehr das Ziel sein, die Investitionen so abzubilden, wie auch tatsächlich der Zahlungsabfluss erwartet wird. Intern sei hierzu bereits angekündigt, dass mit der Planung des Haushaltes 2021 Investitionen nur in das Haushaltsplanungsverfahren aufgenommen werden, bei denen ein belastbarer Bauzeitenplan oder ähnliches vorliege. Hierbei gehe es der Verwaltung ausdrücklich nicht darum, Maßnahmen nicht abzubilden, sondern realitätsnäher auf die entsprechenden Jahre verteilt zu planen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass planerisch immer wieder Neuverschuldungen ausgewiesen werden müssen – so z.B. auch durch den aktuellen Nachtrag für das Jahr 2020 – die Budgets jedoch anschließend nicht im geplanten Zeitraum zahlungswirksam werden, gelte es noch viel mehr, die Disziplin für eine realistische Planung einzufordern. Hierdurch könne auch dem weiteren Aufbau neuer Haushaltsreste entgegengewirkt werden.

Herr Reehuis unterstützt die Ausführungen von Herrn Hensiek zur realitätsnahen Abbildung von Investitionen bei zukünftigen Haushaltsplanungen. Grundsätzlich hätten die Haushaltsreste ein zu großes finanzielles Gesamtvolumen, müssten jedoch dahingehend relativiert werden, dass auch vereinzelt Positionen im sechs- und siebenstelligen Bereich vorhanden sind. Besonders bei Maßnahmen wie der Sporthalle Haferstraße, Gewerbeflächen oder auch den Neubauten der Feuerwehrhäuser habe man reagieren müssen und entsprechende Budgets bereitgestellt. Es sei öffentlich kaum zu vertreten, wenn in ähnlichen Situationen nichts unternommen würde. Wichtig wäre daher in Zukunft eine möglichst hohe Einigkeit aller Beteiligten bei den Planungen.

Zur Finanzierungsseite sei anzumerken, dass es bei den Haushaltsplanungen stets das Problem sei, sich für die Höhe der Planschulen zu rechtfertigen, der Ist-Schuldenstand im betreffenden Jahr dann jedoch viel geringer ausfalle. Dies hänge im Großteil damit zusammen, dass die geplanten Investitionen zeitlich nicht wie geplant umgesetzt werden können. Hierbei sei besonders darauf zu achten, dass die Investitionsansätze für mehrere Jahre übertragen werden können, dies auf der Finanzierungsseite jedoch für maximal zwei Jahre möglich sei. Bei konjunkturellen Einbrüchen könne hieraus ein massives Problem entstehen. Grundsätzlich sei jedoch gerade in der jüngeren Vergangenheit versucht worden, die gute konjunkturelle Lage zu nutzen, um viele wichtige Maßnahmen einer Umsetzung zuzuführen.

Herr Thöle unterstützt die Ausführungen zu den Bestrebungen, in Zukunft viel Wert auf eine realitätsnahe Planung zu legen. Die Umsetzungen erst mit dem Haushalt 2021 seien jedoch schon fast zu spät. Ggf. könnten erste Ansätze bereits mit einem kommenden Nachtrag entsprechend der geforderten Haushaltswahrheit umgeplant werden. Bei neuen Investitionsvorhaben, die seitens der politischen Vertreter vorgebracht werden, wünsche er sich ein transparentes und ehrliches Verfahren, um die Ansätze realitätsnah auf die entsprechenden Jahre verteilen können. Hierdurch würden in der Öffentlichkeit keine falschen Erwartungen geweckt, die im Nachhinein nicht gehalten werden können.

Auf das priorisierte Steuerungssystem, auf deren Grundlage die Haushalte aufgestellt werden, weist Herr Hunting hin. Hierbei sei es wichtig, dass dies auch in allen Fachausschüssen und in den Fraktionen als richtungsweisend bei der Behandlung von

Anträgen gesehen und berücksichtigt werde, besonders wenn hieraus finanzielle Auswirkungen entstehen.

Herr Spiekermann betont, dass man die Verantwortung für die Höhe der Haushaltsreste nicht auf die Verwaltung schieben könne. Er regt an, mit mehr Disziplin neue Themen in den verschiedenen Ausschüssen zu behandeln, um im Nachhinein zu realistischen Ansätzen für den Haushalt zu kommen. Dieses Thema sollte weiterhin auch offen in einer Ratssitzung diskutiert werden, damit ein transparentes Verfahren gegenüber der Öffentlichkeit gewährleistet wird.

Herr Hensiek betont, dass es neben dem Amt für Finanzen und Liegenschaften ebenfalls die Aufgabe dieses Ausschusses sei, die Haushaltswahrheit und -disziplin einzufordern und umzusetzen. Noch einmal herauszustellen sei, dass es nicht darum gehe, Maßnahmen zu verhindern, sondern realistischer über den Haushalt abzubilden. Dieses gelte sowohl für Budgets, die aus Anträgen der Fraktionen resultieren als auch für Maßnahmen aus der Verwaltung heraus.

**TOP 8      Projektcontrollingbericht 1. Quartal 2019 der Stadt Melle -  
Gesamtbericht  
Vorlage: 2019/0164**

Herr Strakeljahn stellt anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Ergebnisse des Projektcontrollings zum ersten Quartal 2019 vor. Er weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Abgrenzung von Produkten, die das laufende bzw. Regelgeschäft der einzelnen Fachbereichen abbilden und Projekten, über die einmalige und besonders komplexe Maßnahmen geplant und umgesetzt werden, hin. In der Gesamtheit werden sowohl über die Produkte als auch über die Projekte die Zielbeiträge zu den priorisierten Handlungsschwerpunkten geleistet.

Der Gesamtbericht zum Projektcontrolling zeige einen überwiegend planungsgerechten Verlauf der Projekte im ersten Quartal 2019. Insgesamt gebe es nur bei fünf der insgesamt 17 Projekte Nachsteuerungsempfehlungen zu beachten. Diese sollten in den jeweils zuständigen Fachausschüssen entsprechend beraten werden.

**TOP 9      Projektcontrolling für die Projekte „P10017-001 Strategische  
Steuerung“, „P20018-014 Umsetzung Neuregelungen  
Umsatzsteuer“ sowie „P20019-018 Gewerbeflächen“ für das  
1. Quartal 2019.  
Vorlage: 2019/0165**

Herr Strakeljahn stellt den aktuellen Sachstand der Projekte „Strategische Steuerung“, „Umsetzung Neuregelungen Umsatzsteuer“ sowie „Gewerbeflächen“ vor. Durch die Verwendung der im Bericht erläuterten Ampelfarben erkenne man schnell, bei welchem der vier Bewertungskriterien (Projektfortschritt, Terminentwicklung, Budgetentwicklung, Ressourcenplanung) es Abweichungen gebe.

Frau Tiemann interessiert, was auf die Stadt beim Projekt „Umsetzung Neuregelungen der Umsatzsteuer“ zukomme. Herr Strakeljahn schlägt hierzu vor, dass der Projektleiter Herr Wunderlich dieses Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen detailliert vorstellt. Zusammenfassend könne man jedoch bereits sagen, dass sich einiges in der steuerrechtlichen Betrachtung einer Kommune ändern wird. So sei bisher davon ausgegangen worden, dass für Leistungen einer Kommune grundsätzlich bis auf wenige

Ausnahmen keine Umsatzsteuer anfällt. Nach der Neuregelung werde dieses Prinzip umgekehrt, sodass grundsätzlich auch für Kommunen die Umsatzsteuerpflicht gelte, es sei denn ein Ausnahmetatbestand trifft zu.

Herr Hensiek erläutert, dass sich das Projekt „Gewerbeflächen“ nicht nur auf eine Maßnahme, sondern auf das gesamte Stadtgebiet beziehe. Hier sei zum ersten Quartal bei den Bewertungskriterien vermehrt eine Abweichung zu melden. Diese hängt besonders mit einem zeitlichen Verzug zusammen. Nachsteuerungsmaßnahmen seien hier jedoch bereits eingeleitet worden, sodass die Projektzielerreichung insgesamt nicht gefährdet wird.

Bei den anwesenden Mitgliedern der Initiative „Grün statt Grau“ bedankt sich Herr Hensiek vielmals für die konstruktiven Vorschläge bezüglich der Ausweisung eines geplanten Gewerbegebietes. Ein wesentliches Ziel sei, eine gute Lösung für alle Beteiligten zu erreichen. Daher sei eine weiterhin gute Zusammenarbeit sehr wertvoll für das weitere Verfahren. Herr Kruse unterstützt diese Ausführungen und spricht sich ebenfalls für eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit unter allen Beteiligten beim Thema „Gewerbeflächen“ aus.

## **TOP 10 Zielsystem für das Haushaltsjahr 2020** **Vorlage: 2019/0154**

Herr Strakeljahn erinnert bei der Vorstellung der Inhalte zu diesem Tagesordnungspunkt an die Strategieklausur des Rates vom 11. Mai 2019. Diese habe aufgrund des Doppelhaushaltes in reduzierter Form stattgefunden. Im Ergebnis gebe es nur wenige Änderungsvorschläge an den bestehenden Handlungsschwerpunkten (HSP) im gesamten Zielsystem. Ein wesentliches Thema in der Strategieklausur war, die im letzten Jahr gefassten Operationalisierungen der hoch priorisierten Ziele zu überprüfen und ggf. anzupassen. Hierfür sei auf Grundlage der Diskussionen in der Klausur ein Verwaltungsvorschlag erarbeitet worden, den Herr Strakeljahn über die dem Protokoll beigefügte Präsentation vorstellt.

Herr Kruse weist auf die einvernehmliche Diskussion des nun vorgestellten Verwaltungsvorschlages in der Strategieklausur hin. Bei der Durchsicht der Vorlage sei Herrn Spiekermann die Formulierung des HSP 1.1 „Informationen und Beteiligung der Bürger auch im Bürgerinteresse verbessern“ aufgefallen. Seiner Meinung nach, sollte das Wort „auch“ gestrichen werden. Weiterhin sei zu klären, welche Form der Bürgerbeteiligung hier genau gemeint sei bzw. welche Maßnahmen konkret geplant würden. Herr Hensiek erklärt, dass hier u.a. der Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger an z.B. großen Infrastrukturmaßnahmen wie der „Neuen Mitte – Nord“ gemeint sei. Es gehe in Zukunft noch mehr darum, in den Dialog einzutreten und nicht lediglich zu informieren.

Herr Spiekermann stellt weiterhin in Frage, ob der HSP 8.2 „Die Organisation der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften neuen Anforderungen anpassen“ unter dem richtigen Leitbildauszug „Attraktiver Arbeitgeber“ gefasst sei. Die Neuorganisation der Beteiligungen sei schließlich kein Selbstzweck, vielmehr sollte überlegt werden, den HSP auf die Ebene eines eigenen strategischen Zieles zu heben. Herr Hensiek erinnert an den Prozess zur Erstellung des aktuellen Leitbildes. Hier sei die Stadt Melle als Arbeitgeber anders als noch im vorher vorhandenen Verwaltungsleitbild nicht berücksichtigt gewesen. Letztlich sei der HSP 8.2 dann unter diesen Leitbildgedanken bzw. strategischen Ziel gefasst worden. Die angeführte Begründung von Herrn Spiekermann sei jedoch nachvollziehbar, da u.a. eine Neuorganisation der Beteiligungsstruktur nicht unmittelbar etwas mit dem Thema „Attraktiver Arbeitgeber“ zu tun habe. Vor dem Hintergrund des Erstellungsprozesses und den Operationalisierungen der Ziele könne man jedoch bei Einigkeit über die Inhalte des HSP mit

dem Kompromiss leben, dass dieser an dieser Stelle im Zielsystem integriert sei. Ebenfalls gebe es noch andere HSP, die Beiträge zu mehreren strategischen Zielen leisten.

Herr Reehuis stellt einen noch kurzfristig eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Zielsystem vor. Insgesamt werden in zwei Teilbereichen Defizite in der Zielsetzung gesehen, die sich jedoch auf HSP der Priorität 2 beziehen. Man sei sich dessen bewusst, dass zunächst nur die HSP der höchsten Priorität mit konkreten Zielsetzungen hinterlegt wurden, jedoch habe bereits die Diskussion in der Klausur gezeigt, dass eine Konkretisierung der HSP 4.5 „Kommunalen Klimaschutz der Stadt Melle fördern“ sowie 6.6 „Die Mobilität wird in Bereichen des Personennahverkehrs und der Elektromobilität gefördert“ angezeigt sei.

Zum HSP 4.5 werde daher als konkrete Maßnahme vorgeschlagen, eine zusätzliche Stelle eines Klimamanagers zu schaffen, damit die Zielsetzungen zu diesem HSP mit ausreichend Personalressourcen weiterverfolgt werden können.

Zu HSP 6.6 sei bereits in der Strategieklausur einiges gesagt worden und in den Gesprächen ein Handlungsbedarf an den Inhalten deutlich geworden. Es gehe maßgeblich um die Belastung des Klimas durch den Individualverkehr. Dabei macht Herr Reehuis auf die Abhängigkeit eines Autos in den ländlichen Regionen des Stadtgebietes aufmerksam. Eine Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Universitäten etc. oder auch für Bedarfe des täglichen Lebens sei über den Personennahverkehr nicht vollständig gewährleistet. Als zwei Zielsetzungen sollten daher eine nachfragefördernde Struktur für den Umstieg vom Auto in den ÖPNV sowie die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur verfolgt werden.

Daher werden als nächste Leistungsschritte unter dem HSP 6.6 die attraktive Anbindung des Bahnhofs Melle an das Meller Busnetz mit entsprechender Taktung vorgeschlagen. Hier sei in der Vergangenheit eine deutliche Schwachstelle im Bereich des ÖPNV von Melle ausgemacht worden.

Weiterhin sollte eine Busverbindung zwischen Melle und den nordrheinwestfälischen Nachbarstädten sowie dem Oberzentrum Bielefeld durch die Vertaktung mit dem Bus in Werther geschaffen werden. Dies würde zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung für Melle führen, da aktuell nicht gewährleistet sei, mit dem ÖPNV z.B. zur Uni Bielefeld oder zu einem dortigen Arbeitsplatz zu kommen.

Als dritter Punkt gelte es, ein attraktives Radwegenetz in Melle unter Einbeziehung städtischer und klassifizierter Straßen zu schaffen und zu unterhalten. Aktuell habe man z.B. an der Neuenkirchener Straße einen gemeinsamen Rad- und Fußweg u.a. aufgrund massiver Fahrbahnschäden zu einem Fußweg herunterstufen müssen, auf dem Radfahren erlaubt sei. Dieser Problematiken hinsichtlich des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur sollte sich dringend in Zukunft gestellt werden, betont Herr Reehuis.

Frau Tiemann weist auf die Kurzfristigkeit des Antrages hin und erklärt, dass dieser zunächst noch in der Fraktion beraten werden müsse, um eine abgewogene Entscheidung treffen zu können. Auch Herr Hunting macht darauf aufmerksam, dass der Antrag bisher nur kurz in der SPD-Fraktion kommuniziert werden konnte. Zunächst seien plausible Argumentationen ersichtlich, es gebe allerdings trotzdem noch Beratungsbedarf. Zum HSP 4.5 sei bereits jetzt zu sagen, dass der Vorschlag zur Einrichtung einer neuen Personalressource an dieser Stelle zu konkret sei. Hierfür sei das Zielsystem nicht vorgesehen. Zusätzliche Stellen könnten sich vielmehr z.B. aus einer höheren Priorisierung verschiedener HSP ergeben.

Herr Reehuis schlägt vor, die Beschlussfassung über das Zielsystem auf die nächste Ratssitzung zu verschieben, damit im Vorfeld ausreichend Gelegenheit bleibt, den Antrag zu beraten. Herr Hensiek macht auf die neue Haushaltssystematik aufmerksam. Es sollte grundsätzlich so sein, dass im Vorfeld von Haushalts- oder Nachtragsberatungen die

Zielsetzungen gefasst würden. Die Diskussion über die einzelnen Zielsetzungen zeige aktuell jedoch auch, dass die neue Steuerung gelebt und diskutiert werde. Um dieses ausreichend zu berücksichtigen, könnte man die Beschlussfassung daher in diesem Fall verschieben.

Herr Kruse schlägt vor, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung des nächsten Verwaltungsausschusses sowie der Ratssitzung zu streichen und auf die nächste Sitzungsrunde zu verschieben.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung vom 13.06.2019 beraten und schlägt einstimmig vor, die Beschlussfassung auf die nächste Sitzungsrunde zu verschieben.

**TOP 11 Nachtragshaushalt 2019 / 2020 - Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2023  
Vorlage: 2019/0156**

Bevor Herr Strakeljahn die Details des Nachtrages für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 vorstellt, weist Herr Hensiek auf einen schwierigen Aufstellungsprozess hin. Alleine für das Jahr 2019 seien für Baumaßnahmen 25,8 Mio. € eingeplant, von denen bis zum 31.05.2019 jedoch lediglich 2,5 Mio. € bereits zahlungswirksam umgesetzt wurden. Aktuell sei daher kaum damit zu rechnen, dass der Gesamtansatz in 2019 plangerecht umgesetzt werden könne. Hieraus würde wie schon im Vorjahr voraussichtlich wieder eine deutliche Höhe an Haushaltsresten entstehen.

Insbesondere mit der auszuweisenden Neuverschuldung für das Haushaltsjahr 2020 habe er sich schwer getan, da die Vergangenheit nun bereits mehrfach gezeigt habe, dass diese letztlich nicht notwendig wurde. Vor dem Hintergrund der aktuell vorgenommenen Nachtragsplanung sei diese jedoch auszuweisen. An dieser Stelle verweist Herr Hensiek noch einmal auf seine Ausführungen zum Thema der Haushaltswahrheit und der Höhe der Haushaltsreste unter Tagesordnungspunkt 7. Der Hinweis von Herrn Thöle, nach Möglichkeit bereits früher als mit dem Haushaltsplan 2021 damit zu beginnen, zu einer realitätsnäheren Planung im Sinne der Haushaltswahrheit zu kommen sei richtig. Evtl. könne dieses bereits in einem möglichen weiteren Nachtrag berücksichtigt werden. Bereits geplante Investitionen könnten dahingehend geprüft werden, ob diese bereits gemäß eines realistischen Mittelabflusses geplant sind oder auf mehrere Jahre gestreckt werden müssen.

Im Haushaltsjahr 2019 sei es maßgeblich aufgrund der mit dem Jahresabschluss 2018 festgestellten freien Liquidität nicht zur Ausweisung einer Neuverschuldung gekommen. Alleine diese habe jedoch trotzdem nicht ausgereicht, um die Änderungen im Nachtrag planerisch finanzieren zu können. Hierfür habe man zusätzlich den Planansatz einer Investition, die im Rahmen der Beteiligungen u.a. für Rendite sorgen soll, reduzieren müssen. Insgesamt gesehen sei man gerade im letzten Jahr zwar reich an Liquidität gewesen, jedoch auch an zusätzlichen Aufgaben, sodass es planerisch weiterhin zu einer Neuverschuldung komme. Aufgrund dessen seien in Zukunft alle Beteiligten im Haushaltsprozess gefordert, auf eine realistische Planung besondere Priorität zu legen.

Herr Strakeljahn stellt anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Details des Nachtrages 2019/2020 vor. Aufgrund der aktuellen Steuerschätzung sind die Erträge aus den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer jeweils für die Jahre 2019 bis 2023 nach unten angepasst worden. Maßgeblich hierdurch ergibt sich planerisch ein verschlechtertes Jahresergebnis, welches sich im Finanzhaushalt in einem niedrigeren Cash-Flow widerspiegelt. Dieses bedinge ein niedrigeres Potenzial an Auszahlungen für

Investitionstätigkeit. Durch die Nachtragsplanungen im Investitionsbereich, die von Herrn Strakeljahn detailliert vorgestellt werden, steigt der Ansatz jedoch. Aufgrund der in 2019 vorhandenen freien Liquidität und der Reduzierung des Ansatzes für die Kapitaleinlage zur Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze sei es möglich gewesen, in 2019 auf eine planerische Neuverschuldung zu verzichten. Für das Haushaltsjahr 2020 gehe dies jedoch nicht, sodass hier eine Neuverschuldung von 3,3 Mio. € auszuweisen ist.

Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ist im Vorfeld der Ausschusssitzung ein Änderungsantrag eingereicht worden. Dieser sieht vor, das Budget zum Neubau der Skateranlage um 200.000 € auf dann insgesamt 350.000 € zu erhöhen. Eine Deckung soll über die Reduzierung des Ansatzes zur Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in gleicher Höhe hergestellt werden.

Herr Reehuis erklärt, dass der Verwaltungsvorschlag dem Konsens aus der interfraktionellen Vorbesprechung entspreche. Durch den Antrag werde wie bereits angekündigt jedoch noch die dargestellte Budgeterhöhung für den Bau der Skateranlage gefordert. Dieses Budget sei notwendig, um die favorisierte Bauvariante in Auftrag geben zu können.

Herr Kruse gibt zu bedenken, dass dieser Antrag zwar angekündigt wurde, jedoch erst seit gestern inkl. des dargestellten Deckungsvorschlags vorliege. Ihn interessiere zugleich, ob es bereits eine abschließende Befassung des Baus der Skateranlage im zuständigen Fachausschuss gegeben habe. Herr Hunting stellt heraus, dass der Antrag im Gegensatz zu den Aussagen zum Jahresabschluss 2018 im Hinblick auf die Höhe der Haushaltsreste sowie der einleitenden Worte von Herrn Hensiek zu diesem Tagesordnungspunkt stehe. Laut Protokollauszug des Bildungsausschusses zur Skateranlage werde zwar die teuerste Variante favorisiert, jedoch mit dem Hinweis, dass das Jugendparlament noch aufgefordert sei, einen Teil der Gegenfinanzierung zu suchen. Es liege somit keine eindeutige Beschlusslage vor, sodass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag aktuell nicht zustimmen könne.

Herr Hunting sieht 350.000 € für eine Skateranlage als sehr viel an. Grundsätzlich sei das Vorhaben zu begrüßen, jedoch sollte der Fachausschuss über die verschiedenen Varianten noch einmal beraten bzw. das Jugendparlament sich um das weitere Vorgehen kümmern. Wenn anschließend ein klares Votum des Fachausschusses getroffen werde, könne ggf. in einem 2. Nachtrag noch einmal über die Anpassung des Budgets diskutiert werden. Es sollte jedoch auch bedacht werden, dass ein Wirtschaftlichkeitsvergleich bei einem Investitionsvolumen in Höhe von 350.000 € vorliegen müsse.

Frau Tiemann erklärt, dass der Nachtrag 2019/2020 in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form aus Sicht der CDU-Fraktion zustimmungsfähig sei. Mit dem vorliegenden Antrag habe man sich aufgrund der Kurzfristigkeit jedoch noch nicht näher beschäftigen können. Auch sie sehe 350.000 € für eine Skateranlage als äußerst viel an und könne sich erinnern, dass im Bildungsausschuss die Bestrebungen geäußert wurden, nach weiteren Sponsoren für die Umsetzung der Investitionsmaßnahme zu suchen. Daher könne die CDU-Fraktion dem Antrag in der aktuellen Form nicht zustimmen.

Bereits im Herbst 2018 seien durch das Planungsbüro für die Skateranlage insgesamt drei Varianten vorgestellt worden, erklärt Herr Wüsthube. Inhaltlich sei man sich bereits einig gewesen, dass die dritte Variante, die insgesamt ein Budget in Höhe von 350.000 € benötige, zu favorisieren sei. Aufgrund der anstehenden Neuwahlen des Jugendparlamentes mache es aktuell keinen Sinn die Angelegenheit zurück in dieses Gremium zu geben. Daher sollte heute über den Antrag abgestimmt werden. Insgesamt handele es sich um ein vom Aufwand her überschaubares und für die Sportstadt Melle bereicherndes Projekt, welches

sich schnell umsetzen lasse, sodass eine Notwendigkeit von Haushaltresten hier nicht zu erwarten sei.

Herr Thöle schließt sich den Ausführungen von Frau Tiemann und Herrn Hunting an. Er gönne den Jugendlichen eine attraktive Skateranlage, bei einem Wert von 350.000 € habe man jedoch den Eindruck, dass das Verhältnis zu Geld verloren gehe. In verschiedenen Stadtteilen habe es in der Vergangenheit bereits Skateranlagen gegeben, die zunächst gut angenommen, nach kurzer Zeit jedoch nur noch wenig frequentiert wurden. Hieraus lasse sich nicht direkt auf eine Anlage in Melle-Mitte schließen, jedoch sei das notwendige Budget deutlich zu hoch.

Herr Spiekermann sieht die dritte und teuerste Variante als durchaus wünschenswert an, jedoch müsse dieses Investitionsvorhaben auch vor dem Hintergrund anderer wichtiger Projekte gesehen werden. Aktuell passe es daher nicht, einen entsprechenden Beschluss für diese Variante zu fassen. Es solle zunächst geprüft werden, ob es noch möglich sei, zusätzliche Sponsoren zu generieren.

Herr Hensiek betont noch einmal, dass es schon bei den Maßnahmen im Verwaltungsvorschlag des Nachtrages nicht gelungen sei, trotz des hohen Bestandes an Liquidität ohne die Reduzierung der ursprünglich in Höhe von 2,5 Mio. € geplanten Kapitalanlage zur Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes auszukommen. Der im Antrag dargestellte Deckungsvorschlag würde diese Situation noch einmal verstärken. Auch bei der zeitlichen Streckung einzelner Maßnahmen, um zu einer realitätsnahen Darstellung zu kommen, müsse man in Zukunft beachten, dass dadurch entstehende Entlastungen eines Haushaltsjahres nicht zur Deckung zusätzlicher Investitionen herangezogen werden.

Der Vorsitzende Herr Kruse stellt den Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen vom 12.06.2019 zum Nachtragshaushalt 2019/2020 wird mit zwei Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Kruse bedankt sich für die gute Vorarbeit der Verwaltung sowie der interfraktionellen Runde zur Vorbesprechung des Nachtrages und verliest den Beschlussvorschlag. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 13.06.2019 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat der Stadt Melle beschließt die beigefügten Änderungen (Anlage 1) zu den Haushalten 2019 / 2020 und die I. Nachtragshaushaltssatzungen 2019 / 2020 (Anlage 3).

### **TOP 12 Wünsche und Anregungen**

Es werden keine Wünsche und Anregungen vorgetragen.

11.07.2019  
gez. Kruse  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

11.07.2019  
gez. Hensiek  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

11.07.2019  
gez. Brockmeyer  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)